Nr. 338 * Ausgabe B Nr. 154
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 338

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 24. Juli 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Kriegsberichterstatter.

Von [Nachdruck verboten.]

Bernhard Kellermann.

Wir haben während des Krieges wiederholt Gelegenheit gehabt, die militärisch organisierte und überwachte Kriegsberichterstattung zu kritisieren, und wir haben dadurch bei den Kriegsberichterstattern ein Mißfallen erregt, das uns in allerlei Protestkundgebungen zum Ausdruck gebracht wurde und schließlich auch zum Ausscheiden unseres letzten Vertreters im Hauptquartier, Wilhelm Hegelers, führte. Mit den Angriffen, die jetzt in der französischen Presse gegen die deutschen Kriegsberichterstatter erhoben werden, hatte aber unsere Kritik nichts zu tun, und wir geben natürlich gern den nachstehenden Artikel wieder, in dem Bernhard Kellermann, der im Jahre 1915 für uns im Hauptquartier weilte, diese Beschuldigungen beantwortet. Die Redaktion.

Der Wiener Korrespondent des „Berliner Tageblatts" bestätigt das Gerücht, daß die Entente deutsche Kriegsberichterstatter vor Gericht stellen werde. Auch das Unwahrscheinlichste kann in dieser Zeit zur Tatsache werden. Angeblich erhebt Frankreich die schwere und furchtbare Anklage des Diebstahls gegen die Berichterstatter. Das ist ein Angriff nicht allein auf die persönliche Ehre der betreffenden Pressevertreter, sondern auf die Ehre der deutschen Presse im allgemeinen. Es wird den deutschen Kriegsberichterstattern Bedürfnis und Pflicht sein, alles, was in ihren Kräften steht zu tun, um diese furchtbare Beschuldigung zu entkräften. Wehe dem Korrespondenten, dem nachgewiesen werden könnte, daß er sich auch nur einen Nagel aus der Wand angeeignet habe! Ich selbst war nur vom Frühjahr bis zum Herbst 1915 Angehöriger des Kriegspressequartiers, habe aber nach meiner Kenntnis der Dinge die feste Ueberzeugung, daß die Anklage in Nichts zusammenstürzen wird. Die französische Presse soll sich, wie ich einem andern Berichte entnahm, seit geraumer Zeit mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben. Es ist bezeichnend für die Schlärigkeit des Auswärtigen Amtes, dessen Lektorate doch Kenntnis von den Verdächtigungen und Anschuldigungen der französischen Presse haben mußten, daß den früheren Kriegsberichterstattern nicht augenblicklich das Material zur Stellungnahme zuging! Sind die Dinge soweit gediehen, so wird es Pflicht der früheren Kriegsberichterstatter sein, die Einsetzung eines Gerichts zur Untersuchung der Angelegenheit zu fordern, ob die oben erwähnte Meldung einer Anklage auf Tatsachen beruht oder nicht!

Ihr Wiener Korrespondent zitiert einen angeblichen Passus aus der Anklageschrift, den frühere Angehörige des Kriegspressequartiers je nach dem Temperament mit heller Empörung oder lauter Heiterkeit gelesen haben werden: „Die zwölf deutschen Kriegskorrespondenten lebten wie die Satrapen. Sie hatten ihre eigenen Häuser, Hunde, Höflinge, Musikanten, Diener und Mätressen (!)." Diese blühende Schilderung eines Paschadaseins trägt den Stempel der Uebertreibung offen an der Stirn, aber sie ist geeignet, selbst bei den nötigen Abstrichen ein völlig falsches und verkehrtes Bild bei der deutschen Oeffentlichkeit hervorzurufen, besonders in Anbetracht des fatalen Talentes weiter deutscher Kreise, gegnerische Meldungen für Ausflüsse der lautersten Wahrheit zu nehmen. Es wird nötig sein, in aller Kürze eine objektive Darstellung der Verhältnisse des vielgelästerten und geschmähten Kriegspressequartiers zu geben, die bisher unterblieb, weil das Kapitel der Kriegsberichterstattung wirklich zu belanglos und nebensächlich ist, als daß es ohne Grund berührt hätte werden müssen.

Die Kriegsberichterstatter waren im Hauptquartier ungern gesehene, verächtlich behandelte Gäste, eine kleine Konzession an die öffentliche Meinung seitens des Generalstabs, der — wenigstens noch 1915 — auf alles pfiff, was Presse und öffentliche Meinung hieß und den Krieg unter Ausschluß der Oeffentlichkeit führen wollte. Einer der Majore, denen wir unterstellt waren, erklärte mir gelegentlich wörtlich: „Wir brauchen keine Kriegsberichterstatter, zur Zeit Friedrichs des Großen gab es auch keine. Im nächsten Krieg werden nur Offiziere berichten." Ich zitiere diese Bemerkung, weil sie die Einschätzung charakterisiert, deren wir uns erfreuten. Entsprechend wurden wir behandelt. Ein Zensor, Rittmeister, thronte über uns, der sich, was betont werden soll, alle Mühe gab, seiner schwierigen Aufgabe gerecht zu werden; auch unsere Briefe wurden zensiert. Man mißtraute den „Tintenspionen" in allen Dingen. Es wäre ganz unmöglich gewesen, irgend etwas nach Hause zu schicken ohne Kontrolle und Quittungsbelege. Ein Leutnant des freiwilligen Automobilkorps war uns obendrein als Aufpasser auf die Nase gesetzt. Ein Wachtmeister war mit dem Amt des Hausmeisters betraut. Von Bewegungsfreiheit war natürlich nicht die geringste Rede; wir erfuhren von tobenden Schlachten zumeist aus den Zeitungen und wurden systematisch von allen größeren Kampfhandlungen fern gehalten. Bei den Stäben wurden wir geduldet, verachtet oder hinausgeworfen, je nach der Stellung, die die hohe Exzellenz „Zeitungsschreibern" gegenüber einnahm. Nur ganz vorn in der Feuerlinie waren wir stets herzlich willkommen, wenn es uns gelang, soweit durchzubrechen. Das Leben der „Satrapen" war viel eher jenes von Kulis und die Behandlung derartig unwürdig, daß ich nach wenigen Monaten, nachdem jede Aussicht auf eine Besserung der Zustände hinfällig erschien, aus dem Kriegspressequartier ausschied. Eine ersprießliche Tätigkeit war unter diesen Umständen ausgeschlossen, und die Zeitungen hätten besser getan, ihre Korrespondenten überhaupt abzuberufen.

Ich habe diesen Rahmen ausführlicher gezeichnet, weil unser ganzes Leben und Verhalten im Feld- und Hauptquartier durch ihn bedingt war. Der scheinbarem Widerspruch zu dieser Einschätzung seitens unserer Vorgesetzten stand unser erstes Quartier, die geräumige Villa des Herrn Renaudel in Belair, eine halbe Wegstunde von Charleville. Man räumte uns diese Villa ein, weil wir auf diese Weise isoliert waren und nichts hören und sehen konnten. Die meisten Berichterstatter bewohnten bescheidene Mansardenzimmer, auch ich. Einige Herren waren in einem in der Nähe gelegenen Gärtnerhaus untergebracht. Unser Tisch war höchst einfach. Wir bekamen alle Nahrungsmittel gegen Bezahlung vom Proviantamt zugewiesen und kauften uns zuweilen Gemüse und Obst aus Gärtnereien dazu.

Anfangs August 1915 mußten wir die Villa räumen, die für den ehemaligen Kronprinzen instand gesetzt wurde. Was mit der Villa des Herrn Renaudel und ihrer Einrichtung fortan geschah, entzog sich unserer Kenntnis. Wir wurden in einem leerstehenden Haus in Charleville untergebracht, einem übelriechenden, verwahrlosten Gebäude, das einem drittklassigen Mietshaus in einer Fabrikvorstadt glich. Hier bewohnte jeder von uns ein bis zwei primitive Zimmer mit kleinen eisernen Oefen. Einzelne Möbelstücke, wie Betten, Schränke, Tische und Stühle, ohne die man nicht gut auskommen konnte, wurden von Belair in die Mietskaserne gebracht, und zwar unter genauer Kontrolle des Kommandanten von Charleville, unseres Rittmeisters und des Wachtmeisters, der jedes Stück peinlich in ein dickes Buch eintrug. Weder in der Wahl unserer neuen Behausung, noch in der Möblierung unserer Gemächer hatten wir das Geringste zu bestimmen. Sollte Herr Renaudel einige seiner Möbelstücke vermissen, so wird er sie in dem Mietshause wiederfinden. Seinen hübschen Schreibtisch wird er in der kleinen Villa in Charleville wiedergefunden haben, die uns fortan als Kasino diente, und von unserm Zensor, dem Rittmeister, seinem Burschen und dem Koch bewohnt wurde. Es ist nicht unmöglich, daß die Anklage auf diesen Umzug und die Instandsetzung der Villa in Belair zurückzuführen ist. Auch hier unten in Charleville war unser Tisch schlicht, wie es sich gehörte. Zuweilen nur unterbrachen Gäste die Einförmigkeit unseres Daseins.

Das Bild vom „Satrapenleben" verliert mehr und mehr seine leuchtenden Farben. Es ist indessen wahr, daß einige Kollegen Hunde besaßen! Aber man vermeide die Vorstellung, daß sie mit Korpshunden und Bismarckschen Doggen herumzogen. Es waren einfache Köter, die sie dem Henker entrissen, der sie in der Sammelstelle für herrenlose Hunde aus diesem elenden Dasein hinwegnehmen sollte. Herr Scheuermann besaß auch eine Katze, die er eines Abends frierend vor dem Hause fand. Da es sich um eine französische Katze handelt, die er sich ohne jeden Rechtstitel beilegte, so ist es möglich, daß ihm diese Katze teuer zu stehen kommen wird. Wo aber waren unsere Höflinge, Musikanten, Diener und Maitressen? Wo war unser glänzender Hofstaat, der mit jenem der Sonnenkönige wetteiferte? Unsere betreßten Lakaien waren einige biedere Pommern, Landsturmleute, die den Kampf gegen den Gestank in unserer Mietsbaracke heroisch durchfochten. Unsere Höflinge waren vielleicht die schmutzigen Kinder, die auf den Schutthaufen hinter unserem Hause spielten? Unsere Musikanten, die uns aufspielten, waren ein Korrespondent, der zuweilen zu unserem Schrecken das Klavier bearbeitete. Und die Maitressen? Ich spähte vergeblich nach einer Scheherazade aus, die die Nächte meines Paschadaseins hätte versüßen können, ohne mich bei den enormen Seifenpreisen finanziell zu ruinieren. Es entzieht sich meiner Beurteilung, ob andere Kollegen glücklicher waren.

So waren die Verhältnisse im Kriegspressequartier zu Charleville bis zum Herbst 1915. Sollte im Laufe der Kriegsjahre eine derartig unfaßbare Entartung eingetreten sein? Niemand kann es glauben, der Verhältnisse und Personen kennt.

Vielleicht befindet sich auch mein Name auf der Liste der „Satrapen", die Frankreich vor Gericht schleppen will. Nun wohl, ich bin bereit! Für den Fall aber, daß sich Zeugen finden sollten, die beschwören, daß ich gestohlen, geplündert, einen Luxus mit Häusern, Dienern, Musikanten gerieben und Verwüstungen unter dem Mädchenflor von Charleville angerichtet habe, so bedinge ich mir die Ermächtigung aus, mit diese Zeugen etwas genauer ansehen zu dürfen.

Zunehmender Widerstand im amerikanischen Senat gegen die Ratifikation.

Bemühungen Wilsons für die Ratifizierung des Friedensvertrages.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

W. Genf, 24. Juli.

Das Bureau Europa Preß erfährt aus Washington: Die Opposition im amerikanischen Senat gegen die Ratifikation des Friedensvertrages wächst zusehends. **Die Zahl der Senatoren, die sich verpflichtet haben, gegen den Friedensvertrag und den Völkerbundsvertrag zu stimmen, hat sich bereits auf 45 erhöht.** Da 33 Stimmen hinreichend sind, um die Ratifikation zunichte zu machen, wird Wilsons Stellung eine äußerst schwierige sein. Die Republikaner haben Wilson bereits die Namen der der Opposition angehörenden Senatoren mitgeteilt. Im Senat herrscht die Neigung vor, auch das vom Präsidenten Wilson eingebrachte Friedensprogramm zurückzuweisen. Senator Knox aus Pennsylvanien und Moses aus New-Hampshire haben sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Der Präsident hat bisher nichts verlauten lassen, so daß nicht anzunehmen ist, daß er nachgeben wird. Es verlautet, daß Wilson die Pariser Friedenskonferenz um die Erlaubnis nachgesucht hat, dem Senat vertrauliche Dokumente über den Gang der Verhandlungen in Paris vorzulegen. Er erklärte, daß er nicht gewillt sei, Aenderungen oder Vorbehalte zu machen, die es notwendig machen würden, den Friedensvertrag den fremden Ländern nochmals zu ihrer Zustimmung zu unterbreiten. Wenn es Wilson und seinen Anhängern jedoch nicht gelingen sollte, durch Kompromiß im Senat eine Mehrheit für das Friedensprogramm zusammenzubringen, dann werden die 45 Senatoren auf ihren verfassungsmäßigen Rechten bestehen und gegen die Ratifikation stimmen, um so das ganze Friedensprogramm zunichte zu machen.

Der Ausschuß des amerikanischen Senates für auswärtige Angelegenheiten hat abgelehnt, dem in einem Brief an den Senator Lodge ausgedrückten Wunsche des Präsidenten Wilson zu folgen und der vorläufigen Ernennung des amerikanischen Vertreters in der Wiedergutmachungskommission für Deutschland zuzustimmen. Mit acht gegen sieben Stimmen wurde die Resolution des Senators Knox angenommen, daß bis zur Ratifikation des Vertrages durch den Senat keine Ernennung zur Ausführung der Friedensbedingungen erfolgen könne. Eine derartige Entscheidung ist von den Anhängern Wilsons schon in Paris befürchtet worden. Daß der Senatausschuß dem Provisorium nicht zustimmt, beweist, wie kräftig er Wilson Widerstand leisten will, selbst um den Preis, daß die öffentliche Meinung dem Senat den Vorwurf macht, daß er den Eintritt des Friedens verschleppe.

Haag, 23. Juli.

Präsident Wilson hat durch das Staatsdepartement bei den Mitunterzeichnern des Friedensvertrags Fühlung nehmen lassen, ob sie den Vorbehalten, die der Senat aller Wahrscheinlichkeit nach bei der Ratifikation des Vertrages hinzufügen wird, zustimmen wollen. Ferner ist Japan gefragt worden, ob es seinerseits irgendwelche Vorbehalte machen wolle. Man nimmt an, daß Japan im Punkte der Rassenfrage einen solchen Schritt erwägt. Präsident Wilson hat bisher nur die Anhänger seines Friedensvertrages empfangen, aber keinerlei Verbindung mit den Gegnern des Vertrages im Senat, wie Lodge, Johnson und Borah gesucht. Obgleich man nicht erwartet, daß diese ihre Ansicht ändern, verstimmt doch das Verfahren des Präsidenten. Die Republikaner sind der Ansicht, daß der **Präsident zwanzig Senatoren dieser Partei umstimmen müßte, um eine glatte Annahme des Vertrages zu erzielen.** Augenscheinlich rechnet aber der Präsident überhaupt nicht mehr mit einer vorbehaltlosen Zustimmung des Senats. In gutinformierten amerikanischen Kreisen nimmt man an, daß eine Klärung der Lage und damit der endgültige Entschluß des Senats nicht vor Ende September erfolgen wird. Dann erst also würden auch die normalen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen.

(Vergl. Seite 2.)

Die Anschuldigungen gegen Erzberger.

Der Geheimbericht Czernins.

Im heutigen Morgenblatt haben wir einen Auszug aus einem Artikel wiedergegeben, in dem nun auch der bisherige Botschafter in Wien, Graf Botho Wedel, sehr bestimmt formulierte Anschuldigungen gegen Erzberger erhebt. Erzberger hatte behauptet, er sei im Frühjahr 1917 vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nach Wien geschickt worden, um den Kaiser Karl und den Grafen Czernin von überstürzten Friedensschritten abzubringen. Er habe mit dem Kaiser und mit Czernin gesprochen, und es sei ihm geglückt, Oesterreich-Ungarn „bei der Stange zu halten". Graf Wedel erklärt, daß Erzberger nicht von Bethmann geschickt worden, sondern ohne Auftrag nach Wien gereist sei. Erzberger habe Kenntnis von einem geheimen Bericht erlangt, in dem Graf Czernin die Situation Oesterreich-Ungarns als überaus kritisch, den Zusammenbruch, falls nicht Frieden geschlossen werde, als unvermeidlich bezeichnet habe, er habe diesen geheimen Bericht in einer Versammlung, in Frankfurt a. M. oder anderswo, „vertraulich verwertet", und der Bericht sei erst in ein rheinisches Blatt und dann auch noch Paris gelangt. Lloyd George sei damals — wie ein französischer Diplomat jetzt in Wien erzählt hat — zu einem Verständigungsfrieden bereit gewesen und habe gerade mit Ribot zu Besprechungen über einleitende Schritte nach Rom reisen wollen — da habe die Entente den geheimen Bericht des Grafen Czernin kennen gelernt und nun sofort jede friedliche Absicht aufgegeben. Czernin hat dem Grafen Wedel schriftlich mitgeteilt, daß er Erzberger aufgefordert habe, nach Wien zu kommen, und daß er von ihm „Rechenschaft wegen der indiskreten Verwendung seines Geheimberichtes verlangt habe." Erzberger habe damals auch seinen schweren Fehler eingesehen. Die Tätigkeit Erzbergers in Wien sehe also, bemerkt Graf Wedel am Schlusse seiner Mitteilungen, nicht ganz so aus, wie Erzberger sie darstellen wolle. In der Tat ist der Unterschied zwischen der Erzbergerschen Erzählung und den Erklärungen, die Graf Wedel, gestützt auf das Zeugnis Czernins, jetzt veröffentlicht, recht beträchtlich. Ob Graf Czernins pessimistische Warnungen nicht im Jahre 1917 schon berechtigt waren und ob es nicht besser gewesen neue, wenn man in Berlin auf sie geachtet hätte, ist eine Frage für sich. Keine Frage aber ist, daß Erzberger durch